

FSG-Betriebsrätekonferenz 16. 1. 2018

Eröffnungsstatement des AK-Präsidenten und ÖGB-Landesvorsitzenden Dr. Johann Kalliauer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Auf 182 Seiten präsentiert die Regierung jede Menge Vorhaben in allen zentralen Politikfeldern. Teils finden sich ganz konkrete Festlegungen, teils gibt es nur Überschriften. Ein beliebtes Mittel ist die Infragestellung von bewährten Einrichtungen, Regelungen und Leistungen. Das erfolgt mit vagen Begriffen wie „Prüfung“, „Evaluierung“, „Effizienzsteigerung“ und ähnlichen Umschreibungen. Das ist eine bewusste Strategie, um die tatsächlichen Vorhaben nicht klar auf den Tisch legen zu müssen.

Die Reaktionen der Menschen auf dieses Programm sind daher sehr unterschiedlich. Das geht von „Jetzt lasst sie einmal arbeiten“ über „Das wird schon nicht so kommen“ bis hin zu Protesten und der Aufforderung an uns, massiv dagegenzuhalten. Vor dem Hintergrund der unklaren Formulierungen, aber auch der Tatsache, dass viele Menschen eine der beiden Regierungsparteien gewählt haben, sind diese Reaktionen verständlich.

Eine wichtige Frage kann man nach wenigen Wochen bereits beantworten: nämlich ob das, was im Programm nur angedeutet wird, auch ernst zu nehmen ist. Die Antwort ist ein klares Ja, wie erste Beispiele zeigen. Wichtig ist aber der Gesamtblick auf das Programm und die Zielsetzung der beiden Parteien, weil diese angesichts der vielen Vorhaben leicht aus dem Blickfeld kommt. Im Folgenden ein paar Anmerkungen zu Vorhaben, die für Arbeitnehmer relevant sind. Das sich die bekannten Positionen der FPÖ in dem Programm wiederfinden, ist wenig überraschend. Auffällig ist, dass die ÖVP der neoliberalen Agenda, die von der Industrie propagiert wird, ungebremst übernimmt – zu Lasten christlich-sozialer Werte.

Dazu gehört das Zurückdrängen der Sozialpartnerschaft durch die Verlagerung wichtiger Entscheidungen von der Kollektivvertragsebene auf Betriebs- und Einzelvereinbarungen, z.B. bei Anträgen über Kurzarbeit. Auch bei anderen zentralen Mitbestimmungsfeldern sind fundamentale Änderungen von Strukturen und Konzepten geplant, etwa bei den Krankenkassen und den Sozialversicherungen. Die entsprechenden Formulierungen sind teils wörtlich von Texten der Industriellenvereinigung übernommen.

Der wirtschaftslastige Kurs findet sich auf allen Ebenen des Programms. Arbeitnehmer/-innen und ihre Bedürfnisse werden hingegen als Problem definiert und daraus umfassende Deregulierungsvorhaben abgeleitet. Dabei geht es nicht um problematische Einzelforstöße, sondern um eine grundsätzliche Systemänderung. Etwa wenn es im Arbeitsrecht in Zukunft kein „Gold-Plating“ mehr geben soll. Das heißt: Überall dort, wo es in Österreich bessere Regelungen gibt, sollen in Zukunft nur noch die Mindeststandards der EU gelten. Beim Urlaubsausmaß liegt dieser zum Beispiel bei vier Wochen! Besonders gefährlich ist der Plan von Justizminister Moser, alle Gesetze, die vor dem Jahr 2000 beschlossen wurden, außer Kraft zu setzen. Übernommen soll nur das werden, was ausdrücklich von einem Ministerium eingefordert wird.

Einerseits redet die Regierung von mehr direkter Demokratie, andererseits schafft sie die Jugendvertrauensräte ab, will Betriebsräte dezimieren und die Arbeiterkammer und die Selbstverwaltung massiv einschränken. Das Thema Sicherheit hat im Programm einen großen Stellenwert. Das trifft durchaus ein Bedürfnis der Bevölkerung. Wenn man aber genau hinsieht, erkennt man, dass es gar nicht um Sicherheit geht, sondern um Überwachung. Und da ist es besonders alarmierend, wenn nun sämtliche Geheimdienste dem Vizekanzler gegenüber berichtspflichtig werden sollen.

Die Klientelpolitik, die die Regierung betreibt, ist offensichtlich. Seht euch etwa das Landwirtschaftskapitel an. Von den Bauern ist nichts zu hören, denn ihre Interessen werden bestens bedient. Der Wirtschaftsstandort soll als Staatsziel sogar in der Verfassung verankert werden. Und der Plan, mehr Wettbewerb im öffentlichen Verkehr einzuführen, richtet sich gegen öffentliche Verkehrsbetriebe wie die ÖBB und bedient die Interessen der privaten Transportunternehmen.

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung folgt genau den Vorstellungen, die wir von den Wirtschaftskammervetretern im AMS-Direktorium kennen. Im Mietrecht werden die Interessen der Vermieter bedient. Und auch die Verteilungswirkung des Programms geht eindeutig in eine bestimmte Richtung. Vermögende werden noch vermögender werden. Diese Betrachtungen ergeben sich aus den einzelnen Bausteinen wie ein Mosaik.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich bin überzeugt, dass wir diese Zielsetzungen immer im Auge haben müssen, da einige der Pläne unser Gesellschaftssystem massiv verändern und gegen die Arbeitnehmer gerichtet sind.

Als Strategie für die nächsten Monate ist es daher wichtig, bei unseren Mitgliedern sachlich und kritisch dagegen zu halten und den Menschen bei den einzelnen Vorhaben klar zu machen, was es für sie persönlich bedeutet.

Es bringt nichts, unreflektiert die Regierung zu verteufeln. Es wäre angesichts ihrer Pläne aber fatal, in einer Warteposition untätig zu verharren. Wir sind sicher – mehr als die Partei es vermag – ein Bollwerk gegen den Umbau der Gesellschaft zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darum bekämpfen sie uns auch.

Wir haben die Kraft, uns dagegen zu stellen. Wir haben aber auch die Pflicht.